

# Gezwitscher der Unzufriedenheit in der Republik Moldau

Ein klaffender Generationen-Graben als Basis der Proteste

Von unserem Korrespondenten Rudolf Hermann

Der als «Twitter-Revolution» bekannt gewordene Protest in der Republik Moldau ist weniger in Parteipolitik als einem harten Generationenkonflikt begründet. Junge Leute wehren sich gegen ein verkrustetes System, das ihnen wenig Zukunftsperspektiven bietet. Ihnen stehen Politiker gegenüber, die mehrheitlich in der Sowjetunion gross geworden sind.

Prag, Mitte April

«Sechs Personen. Zehn Minuten Kreativität, das Suchen nach einer Lösung. Einige Stunden Informationen über Netze verbreiten, Facebook, Blogs, SMS an Freunde, E-Mails. Die ganze Organisation über das Internet. Auf die Strasse gingen 15 000 Jugendliche!!! Schaut euch das Video selbst an. Das alles ohne Fernsehen oder andere Massenmedien. Unsere Initiative nennt sich «Ich bin kein Kommunist». Sie umfasst einige Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, unserer Assoziation ThinkMoldova und der Organisation Hyde Park. Nur Jugend, keine Parteien.»

## Enormes Protest-Potenzial

Dieser Eintrag erschien am 7. April kurz nach Mitternacht im Blog der moldauischen Journalistin Natalja Morar, einer 25-jährigen Frau, die sich laut Radio Free Europe inzwischen in der Hauptstadt Chisinau unter Hausarrest befindet. Während sie nach eigenen Angaben damit rechnete, dass vielleicht einige Dutzend Personen zum Happening erscheinen würden, waren es Tausende. Was als friedliche Kundgebung geplant war, geriet ausser Kontrolle und mündete in gewaltsamen Protest, in dessen Verlauf das Parlamentsgebäude angezündet und Räumlichkeiten der Präsidialadministration verwüstet wurden. Natalja Morar wird von der Staatsmacht nun beschuldigt, gewalttätige Unruhen angezettelt zu haben.

Die Verwendung modernster Kommunikationsmittel zur Organisation der Kundgebung, darunter Websites wie Facebook und Twitter («Gezwitscher»), haben den Protesten den Übernamen «Zwitscher-Revolution» beschert. Und wenn sich bei den Protesten auch bald einmal Protagonisten der Wahlverlierer, namentlich der zwei liberalen Parteien und der Allianz «Unsere Moldau», einfanden, so handelte es sich doch nicht primär um eine Demonstration auf parteipolitischer Basis. Die unerwartet massiv ausgefallene Teilnahme dokumentierte zweierlei: Auf die Strasse ging primär urbane Jugend, die in die modernen Kommunikationsmittel eingeklinkt ist und Teil einer aufgeschlossenen Welt sein möchte. Und das Potenzial der Unzufriedenheit war weit grösser, als es der bisherige Anschein von Ruhe und Ordnung in der Republik Moldau vermuten liess.

## Generation der Abwesenden

Die «Zwitscher-Revolution» offenbarte einen klaffenden Graben zwischen der städtischen Jugend, die sich nach acht Jahren kommunistischer Dominanz in der Moldau und mit der Aussicht auf weitere vier Jahre vom Gleichen zunehmend ihrer Perspektiven beraubt fühlt, und einem alternden Bevölkerungsteil, der nicht nur, aber vor allem auf dem Land wohnt und nostalgisch den Zeiten nachhängt, als die agrarisch geprägte Moldau der relativ florierende «Garten der Sowjetunion» war und nicht das vergessene, desolate Armenhaus Europas, das das Land heute ist.

Zwischen diesen beiden Bevölkerungssegmenten fehlt in wesentlichem Ausmass und sehr fühlbar das Bindeglied der beruflich aktiven Generation im sogenannt besten Alter. Laut Schätzungen verdienen nämlich ein Viertel bis die Hälfte aller Berufstätigen ihr Auskommen als Gastarbeiter im Ausland, hauptsächlich im benachbarten Rumänien und in Südeuropa sowie in Russland. Das Geld, das sie zurück in die Heimat überweisen, ist für die Moldau lebenswichtig. Es belief sich in der jüngsten Vergangenheit auf eine Summe, die ungefähr so gross war wie der Staatshaushalt und etwa 40 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beitrug. Nun indessen gehören die Gast-



Junge Demonstranten protestieren gegen den Wahlsieg der Kommunisten in Chisinau. GLEB GARANICH / REUTERS

arbeiter zu den Ersten, die im Zuge der weltweiten Wirtschaftskrise den Job verlieren. Was die Überweisungsausfälle und die Rückkehr von Berufstätigen in ein Land, das ihnen wenig anzubieten hat, für die Moldau heissen wird, lässt sich in den konkreten Auswirkungen erst erahnen.

## Kommunismus in den Köpfen

Wenn es bei den jüngsten Wahlen Fälschungen gab, dann kaum deshalb, weil sich die Kommunisten einen Sieg sichern wollten, der ihnen wohl ohnehin zugefallen wäre. Sie strebten nach der uneingeschränkten Herrschaft, die ihnen durch eine Dreifünftelmehrheit im Parlament ermöglicht würde. Dies jedoch ist eine abschreckende Perspektive für alle, die sich nach Veränderung sehnen. In einem postsowjetischen Land mit nur rudimentärer demokratischer Kultur bedeuten zwölf Jahre ohne Machtwechsel die Verkrustung von Herrschaftsstrukturen, die Festigung von Seilschaften und die Notwendigkeit, sich mit diesen zu arrangieren.

Zwar geben sich die Kommunisten als vorsichtig marktfreundlich und europaorientiert. Die Art und Weise, wie auf die Proteste reagiert wurde, spricht jedoch Bände über einen anhalten-

den «Kommunismus in den Köpfen» der herrschenden Elite. Präsident Woronin hatte sofort das klassische Feindbild der Einnischung des Westens (vor allem Rumäniens) zur Hand und beschuldigte die Opposition eines versuchten Staatsstreichs. Und immer mehr Berichte aus Chisinau sprechen von Verhaftungen und einer Art der Polizeibrutalität, wie man sie bisher eher aus Weissrussland zu vernehmen gewohnt war. Natalja Morar drohen mehrere Jahre Gefängnis, sollte sie wegen Unruhestiftung vor Gericht gezogen werden.

Auch wenn sich die Situation auf den Strassen von Chisinau vorläufig wieder beruhigt hat, ist bei dem Teil der Bevölkerung, der sich eine offenere Gesellschaft und eine klare europäische Perspektive wünscht, eine Reduktion des Frustrationspotenzials nicht abzusehen. Zurückkehrende Gastarbeiter aus EU-Ländern bringen Erfahrungen aus weit besser funktionierenden Demokratien mit, und mit Rumänien ist die Europäische Union direkt vor der eigenen Haustür.

Auch sähe das Wahlergebnis möglicherweise anders aus, hätten auch die Ausland-Moldauer abgestimmt. Weil angenommen wird, dass viele von ihnen sich illegal im Ausland aufhalten,

## Eine unbequeme Person

ruh. Nicht nur für die moldauischen Kommunisten ist Natalja Morar eine unbequeme Person. Bis 2007 arbeitete die Soziologie-Absolventin der Moskauer Universität als Reporterin in Russland, wo sie sich für die Publikation «The New Times» auf politische Themen und die Verflechtung von Politik und Wirtschaftskriminalität spezialisierte. Laut Radio Free Europe kam sie 2007 einer «schwarzen Kasse» des Kremls auf die Spur, aus welcher während des Wahlkampfes politische Parteien in Abhängigkeit von der Zentralmacht gehalten wurden. Darauf wurde Morar mit der Begründung, sie stelle ein Sicherheitsrisiko dar, des Landes verwiesen und kehrte in die Republik Moldau zurück, wo sie das Internetforum ThinkMoldova gründete. An die Adresse Moskaus sagte sie darauf, es sei befremdlich, wenn die Sicherheit Russlands, für die Milliarden ausgelegt würden, von einem jungen Mädchen allein bedroht werden könne.

anderen wiederum die Mittel für eine Rückreise gefehlt haben dürften, haben die Kommunisten mit ihrer Verankerung im älteren und ländlichen Bevölkerungsssegment eine vielleicht stärkere Position erhalten, als ihrer Popularität entspräche. Spekuliert wird zudem darüber, dass sie eigene Leute mit den Stimmen derer zur Urne gehen liessen, die nicht aus dem Ausland zurückkommen konnten. Doch bleibt auch festzustellen, dass sie seit ihrer Rückkehr an die Macht im Jahr 2001 schon immer mit erdrückender Überlegenheit regiert haben.

## Nachzählung bestätigt das Ergebnis

ruh. Eine von Präsident Woronin als Konzession an die Protestierenden angeordnete Nachzählung der abgegebenen Stimmen für die Parlamentswahl vom 5. April hat laut der moldauischen Wahlkommission das Ergebnis bestätigt, wonach die Kommunisten 50 Prozent der Stimmen und 60 Sitze im 101 Mandate zählenden Parlament erreicht hatten. Betrug sei nicht festgestellt worden. Es habe lediglich einige kleine Fehler gegeben. Dies meldeten Nachrichtenagenturen am Freitag.

Kommentatoren weisen jedoch darauf hin, dass allfällige Manipulationen schon vor der Auszählung der Stimmen, die von internationalen Beobachtern als generell korrekt bezeichnet wurde, stattgefunden hätten, etwa durch mehrfache Stimmabgabe oder Manipulation der Wählerverzeichnisse. Deren Überprüfung fand indessen nicht statt.

# Kenya – Ugandas guter Nachbar?

Vordergründige Konzilianz Nairobis im Streit um Insel im Viktoriasee

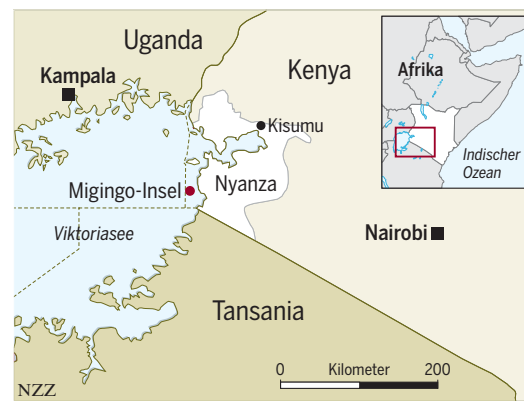
Ungefähr so gross wie ein Fussballfeld ist die Insel Migingo im Viktoriasee. Dennoch streiten sich Kenya und Uganda um das Eiland. Nairobi schlägt dabei erstaunlich konziliante Töne an. Bei der Auseinandersetzung um Migingo geht es auch um ethnische Motive.

K. P. Sollte man nicht applaudieren, wenn zwei Staaten geloben, ihre Grenzstreitigkeiten auf diplomatischem Weg beizulegen? Kenya und Uganda wetteifern schon seit vielen Jahren um die reichen Fischgründe im Viktoriasee. Im Zentrum der Spannungen um den Grenzverlauf steht derzeit eine Insel, die etwa so gross wie ein Fussballfeld ist. Während Uganda auf Migingo vorsorglich bereits seine Flagge gehisst und Polizeibeamte stationiert hat, reagiert das offizielle Kenya erstaunlich gelassen, um nicht zu sagen gleichgültig.

## Ein klarer Fall

Nairobi und Kampala haben sich darauf geeinigt, eine gemeinsam bestellte Kommission den Grenzverlauf im Viktoriasee überprüfen zu lassen. Bis Ergebnisse vorliegen, bleiben die ugandischen Polizisten vor der Insel – und mit ihnen die Flagge mit dem Kranich, Ugandas Wappentier. Dies ist eine bemerkenswert konziliante Haltung Nairobis, vor allem vor dem Hintergrund, dass kenyanische Fischer die ugandischen Sicherheitskräfte seit Jahren beschuldigen, auf und um Migingo Steuern und Bestechungsgelder einzutreiben.

Warum ein Expertengremium zwei Monate benötigt, um den Grenzverlauf zu klären, ist allerdings nicht ganz klar. Die heutigen Grenzen gehen auf einen britischen Erlass von 1926 zurück, mit dem die Trennlinie zwischen dem damaligen Protektorat Uganda und der Kolonie Kenya gezogen wurde. Wer die ausführliche Beschreibung des Grenzverlaufs in diesem Dokument als Denksportaufgabe begreift, kann mit Hilfe der Satellitenbilder von Google Earth herausfinden, zu welchem Staat Migingo gehört: Die kleine, felsige Insel liegt ungefähr 500 Meter innerhalb der



kenyanischen Gewässer. Karten aus der Kolonialzeit scheinen dies ebenfalls zu belegen.

Während Nairobi auf Diplomatie setzt, würden Politiker am kenyanischen Ufer des Viktoriasees am liebsten Kanonenboote auslaufen lassen, um die ugandischen Polizisten von Migingo zu vertreiben. Die Bewohner des Seefers sind mehrheitlich Luo. Dieser Ethnie gehört auch Premierminister Odinga an, der öffentlich erklärt, Migingo sei kenyanisch. In Nairobi randalierten jugendliche Luo im Elendsviertel Kibera aus Wut über die ugandische «Besetzungspolitik» und beschädigten dabei die wichtige Eisenbahnlinie, die Uganda mit dem kenyanischen Seehafen Mombasa verbindet. Dies weckt ungute Erinnerungen an die blutigen Unruhen von Anfang 2008, als die Eisenbahnschienen in Kibera schon einmal aus

dem Boden gerissen wurden. Damals protestierten die Luo dagegen, dass sich Ugandas Präsident Museveni hinter den vermeintlichen Wahlsieger, den kenyanischen Staatschef Kibaki, stellte.

## Ethnische Komponente

Der Streit um Migingo hat also auch eine ethnische Komponente. Es gibt wenige Länder in Afrika, in denen der Tribalismus so tief verankert ist und von Politikern so geschürt wird wie in Kenya. Seit der Unabhängigkeit beklagen sich Luo-Politiker – mit einem gewissen Recht – darüber, dass ihre Provinz Nyanza von Nairobi vernachlässigt werde. Das Friedensabkommen, das vor einem Jahr den Blutorgien nach den allgemeinen Wahlen ein Ende setzte, hat zwar zur Bildung einer Koalitionsregierung geführt, und die ehemalige Opposition unter Odinga sitzt nun auf Ministerstühlen, doch hat sie nur geringe Macht. Nach wie vor fällt Präsident Kibaki Entscheidungen alleine, und zudem hat er die Schlüsselpositionen mit Vertrauten aus der Ethnie besetzt, der er selber angehört.

So gesehen ist die konziliante Haltung gegenüber Uganda wahrscheinlich nicht viel mehr als die Fortsetzung der alten Politik, die Siedlungsgebiete der Luo in der Rückständigkeit verharren zu lassen. Wozu sollte sich Kibaki auch um ein paar Fischer auf Migingo scheren? Der alte Mann hat Wichtigeres zu tun. Zum Beispiel sicherstellen, dass er und seine Mitstreiter nicht beim Plündern der inzwischen bedrohlich leeren Staatskasse erwischt werden.



Anzeige

ripasa Rückenmatratzen  
www.riposa.ch